

DIE AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG INFORMIERT UND FRAGT AN:

Werden Grundrechte künftig dauerhaft vom Impfstatus abhängig gemacht?



Das möchte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung wissen (Drs. 20/399). Gegen die Stimmen der AfD hat der Bundestag bereits am 10. Dezember 2021 eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen beschlossen.

Führende Politiker der Koalition fordern nun eine allgemeine Impfpflicht gegen COVID-19. Falls das Gesetz so kommt, ist zu befürchten, dass die Grundrechte auf unbestimmte Zeit nur denjenigen in vollem Umfang gewährt werden, die sich wiederholt impfen lassen.

Wir sagen: So wollen wir nicht leben!

Daher fordert die AfD-Fraktion (Drs. 20/192), dass die Entscheidung für oder gegen eine Impfung freiwillig und ohne jeden Druck nach individueller Nutzen-Risiko-Abwägung erfolgen muss.

Wir setzen uns im Deutschen Bundestag für die Freiheit des Einzelnen ein, über seinen Körper selbst zu bestimmen, und lehnen ein Gesetz zur Impfpflicht ab.



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Hier geht es zum Antrag und zur Kleinen Anfrage

www.afdbundestag.de

Anmerkung des Verlages:

Über Annahme bzw. Ablehnung einer Anzeige entscheidet der Verlag immer unter der Prämisse der redaktionellen Unabhängigkeit. Der Verlag achtet bei der Anzeigenveröffentlichung auf die Wahrung des Grundrechts zur freien Meinungsäußerung, sofern Anzeigeninhalte – auch bei politischen und polarisierenden Äußerungen – nicht gegen geltendes Recht oder die Grundsätze des Verlages verstoßen. In diesem Sinne ist die Veröffentlichung dieser Anzeige Teil der geltenden Meinungsfreiheit. Eine kritische Bewertung der Inhalte steht allen Lesern zu.